

830 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

Bericht des Verkehrsausschusses

über den Entschließungsantrag [14/A (E)] der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz, Rosenstingl, Gratzer und Genossen betreffend sparsame Nachbesetzung von ÖBB-Dienstposten nach Pensionierung

Der gegenständliche Antrag ist wie folgt begründet:

Um die Wirtschaftlichkeit vergleichbarer mittel-euroäischer Bahnen (DB, SBB) zu erreichen, wird eine von den Grundsätzen der Produktivitätssteigerung (Beförderungsleistung pro Bediensteten) und der Kostensparnis getragene Personalpolitik konsequenter als bisher umgesetzt werden müssen. Dabei gilt es, etwa durch Nichtnachbesetzung freiwerdender Dienstposten, bestehende Einsparungspotentiale zu nutzen. Die Unterschiede in der Personalpolitik zwischen ÖBB, DB und SBB zeigen sich nach einer WIFO-Vergleichsstudie aus dem Jahr 1989 unter anderem im Vergleich des Wachstums des Gesamt-Personalaufwandes (bei den ÖBB von 1975 bis 1987 auf fast das Doppelte). Dem starken Anstieg der ÖBB-Aktivbezüge (durch steigende Löhne und nur geringfügig reduzierten Beschäftigtenstand) stehen fast konstant gehaltene Aktivbezüge der Deutschen Bundesbahn (durch Rationalisierungen und Beschäftigtenabbau) gegenüber.

Bezüglich des Verhältnisses Beförderungsleistung zu Personalstand sind bei den ÖBB gleichfalls noch Rationalisierungsreserven vorhanden. Nach besagter WIFO-Studie könnte eine Produktivitätssteigerung bis zu 15 000 Mitarbeiter einsparen und damit den hohen Personalkostenanteil senken. Eine jüngst im Bereich der ÖBB durchgeführte Gemeinkostenwertanalyse legt ebenfalls eine Personalreduktion von bis zu 2 000 Beschäftigten allein für den Verwaltungsbereich nahe.

Der Verkehrsausschuß hat diesen Antrag erstmals in seiner Sitzung am 6. Juni 1991 in Verhandlung genommen. Den Bericht im Ausschuß erstattete der Abgeordnete Moser. Nach weiteren Wortmeldungen der Abgeordneten Kubat, Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz und Mag. Kukacka sowie des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dipl.-Ing. Dr. Streicher beschloß der Ausschuß, zur Vorbehandlung dieses Antrages sowie des Antrages 12/A (E) der Abgeordneten Dipl.-Ing. Pawkowicz und Genossen betreffend die Umwandlung der Österreichischen Bundesbahnen in eine Aktiengesellschaft einen Unterausschuß einzusetzen.

Diesem Unterausschuß gehörten zunächst von der Sozialdemokratischen Partei Österreichs die Abgeordneten Hums, Brennsteiner, Seidinger, Sigl und Strobl, von der Österreichischen Volkspartei die Abgeordneten Mag. Kukacka, Dipl.-Vw. Dr. Lukesch, Schuster und Vonwald, von der Freiheitlichen Partei Österreichs die Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz und Rosenstingl sowie von den Grünen der Abgeordnete Anschobert an. Zufolge des Ausscheidens der Abgeordneten zum Nationalrat Brennsteiner und Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz traten die Abgeordneten Schwemlein und Ing. Meischberger an deren Stelle.

Zum Obmann des Unterausschusses wurde der Abgeordnete Hums gewählt, zum Obmannstellvertreter der Abgeordnete Mag. Kukacka, zum Schriftführer zunächst der Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz, sodann Abgeordneter Moser.

Dem erwähnten Unterausschuß wurde vom Verkehrsausschuß in dessen Sitzung am 8. Oktober 1992 noch die Vorberatung der Regierungsvorlage 652 der Beilagen: Bundesgesetz zur Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Österreichischen Bundesbahnen (Bundesbahngesetz 1992) übertragen.

Der Unterausschuß hat die oberwähnten Vorlagen nach einer konstituierenden Sitzung am 11. Oktober in seiner Sitzung am 19. November 1992 in Vorbehandlung genommen, konnte jedoch kein Einvernehmen erzielen.

Der Verkehrsausschuß hat den Bericht des Unterausschusses, den Abgeordneter Hums erstattete, am 19. November 1992 entgegengenommen.

An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Rosenstingl, Mag. Kukacka, Anscho-

ber, Strobl und Hums sowie der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Mag. Klimala.

Bei der Abstimmung wurde der Entschließungsantrag abgelehnt.

Der Verkehrsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 1992 11 19

Ing. Schwärzler

Berichterstatter

Hums

Obmann